



**Climate, peace and security: from youth voices to policy action.**

**A special meeting of legislators (parliamentarians, mayors and city councilors) and youth leaders from the climate, peace and disarmament movements.**

**January 9. 1pm – 5:30pm. Euler Hotel, Centralbahnplatz 14, Basel**

*Opening comments: Lukas Ott, Head of Cantonal and City Development Unit, President's Department, Canton Basel-Stadt*

Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden

Geschätzte Jugendaktivistinnen und -aktivisten

Sehr geehrte Referentinnen und Referenten

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich ausserordentlich, Sie alle hier in Basel begrüßen zu dürfen. Und besonders freue ich mich, dass Basel Gastgeberin dieser internationalen Veranstaltung ist, die sich mit den Themen Klimaschutz, Frieden und nuklearer Abrüstung auseinandersetzt.

Der Klimawandel ist eine der zentralsten Herausforderungen unserer Zeit. Weltweit steigt der jährliche Ausstoss von CO<sub>2</sub>-Emissionen immer noch an – trotz des Pariser Klimaabkommens. Die Schweiz – und damit auch Basel – ist überdurchschnittlich vom Klimawandel betroffen. Hitze, Trockenheit und eine Zunahme von extremen Niederschlägen sind die unmittelbaren Folgen.

Städte sind vom Klimawandel besonders betroffen. Einerseits aufgrund des Wärmeinselseffekts, andererseits aufgrund der Tatsache, dass die Mehrheit der Menschheit weltweit in urbanen Gebieten lebt. Dabei sind wenig entwickelte Weltregionen überproportional betroffen. In Städten liegt aber auch das Potenzial, Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung zu ergreifen. Aufgrund ihrer Dynamik, Innovation und Wirtschaftskraft können Städte entsprechende Massnahmen oft schneller und pionierhaft umsetzen als Nationalstaaten.

Die 17 UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung bilden das Kernstück der Agenda 2030. Und mit Ziel 13 hat sich die internationale Gemeinschaft das Ziel gesetzt, umgehend Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen zu ergreifen. Unter anderem soll ein Klimafonds in der Höhe von jährlich 100 Milliarden Dollar eingerichtet werden, um die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Dies scheint auf den ersten Blick eine enorm hohe Summe zu sein. In Anbetracht der Tatsache, dass das globale Budget für Atomwaffen jährlich auch etwa 100 Milliarden Dollar beträgt, relativiert sich diese Sichtweise.

Atomwaffen und Klimawandel stellen eine existenzielle Bedrohung für den Frieden, die Menschheit sowie die Umwelt dar. Um diesen Gefahren entgegenzuwirken, bestehen auf internationaler Ebene zahlreiche Abkommen und Verträge: So beispielsweise der Atomwaffensperrvertrag, der die unterzeichnenden Staaten verpflichtet, auf den Erwerb von Atomwaffen zu verzichten beziehungsweise atomar abzurüsten. Oder das Pariser Klimaabkommen, in welchem sich 193 Mitgliedstaaten auf einen maximalen Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius (im Vergleich zur vorindustriellen Zeit) geeinigt haben.

Von diversen Seiten wird kritisiert, dass es sich bei diesen Vereinbarungen um Absichtserklärungen handelt, die aufgrund von nationalen Eigeninteressen oder mangelndem Umsetzungswillen ungenügend eingehalten werden. Insbesondere beim Klimaschutz zeigt sich, dass trotz eines gemeinsamen Bekenntnisses zur Eindämmung der Klimaerwärmung die Klimaschutzbeiträge der einzelnen Staaten zu wenig weit gehen. Auf diese Diskrepanz wird auch bei den Klimademonstrationen hingewiesen. Im Gegensatz zur offiziellen Schweiz, die ihre gesetzten Reduktionsziele bis ins Jahr 2050 erreichen möchte, fordern die jungen Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten Emissionsneutralität sowie die Umsetzung von griffigeren Massnahmen bis ins Jahr 2030.

Der Kanton Basel-Stadt ist sich der Dringlichkeit bewusst. Als erste Schweizer Stadt rief Basel im letzten Jahr den Klimanotstand aus und setzte damit ein klares politisches Zeichen. In der Zwischenzeit wurde eine grossrätliche Spezialkommission zum Klimaschutz bestimmt, diese soll nun konkrete Massnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes erarbeiten.

Zudem verfolgt der Kanton mit seinem revidierten Energiegesetz zwei Hauptziele: Die Reduktion der Treibhausgasemissionen und die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch. Schon heute ist unser Strom zu 100% erneuerbar; und bereits heute dürfen keine neuen fossilen Heizungen mehr in Betrieb genommen werden (sofern technisch und ohne Mehrkosten machbar). Auch hält die Kantonsverfassung fest, dass sich der Kanton gegen die Nutzung von Kernenergien wendet und keine Beteiligungen an Kernkraftwerken hält.

Technische Fortschritte und wirtschaftliche Vorteile werden in Zukunft die Energiewende weiter vorantreiben und die Akzeptanz in der Bevölkerung, der Politik und der Wirtschaft steigern. Es sind aber weiterhin grosse Anstrengungen nötig. Dies setzt Dialog und Kooperation voraus – auch mit jungen Menschen, deren Zukunft unmittelbar von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist. Auch sind finanzielle Mittel, die bislang in die Modernisierung der Atomwaffenarsenale flossen, vermehrt für Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Frieden einzusetzen.

Die Gefahren, die von Atomwaffen und den Auswirkungen des Klimawandels ausgehen, machen keinen Halt vor nationalen Grenzen. Sie können nur angegangen werden, wenn sich alle – d.h. staatliche, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure – am Prozess beteiligen und ihre Verantwortung wahrnehmen. Hierzu braucht es Akteure wie Sie, die sich dezidiert für Frieden, Sicherheit und Klimaschutz einsetzen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen allen ganz herzlich für Ihr Engagement und wünsche Ihnen eine anregende und erfolgreiche Tagung.